\_

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren -Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 25.02.1997

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 03.09.1999

3. Instanz

Datum 27.07.2000

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 3. September 1999 wird zurückgewiesen. AuÃ□ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Gründe:

Ī

Der KlĤger wendet sich gegen die teilweise Rücknahme der Bewilligungsbescheide über Arbeitslosengeld (Alg) für den Zeitraum vom 1. Juli 1993 bis 31. Januar 1994 und über Unterhaltsgeld (Uhg) für den Zeitraum vom 1. Februar 1994 bis 17. November 1994 und eine damit verbundene Rückforderung in Höhe von insgesamt 13.128,90 DM.

Der im Jahre 1959 geborene Kläger war vom 1. Juni 1991 bis 30. Juni 1993 als Bereichsleiter bei einer Gebäudereinigungsfirma tätig. Zum 1. Juli 1993 meldete er sich arbeitslos und beantragte die Bewilligung von Alg. Bei seinem Ausscheiden hatte der Kläger in den abgerechneten Lohnabrechnungszeiträumen April bis Juni 1993 insgesamt 11.450 DM brutto Arbeitsentgelt (Monatslohn) bei einer

vereinbarten und tariflichen regelmäÃ□igen Arbeitszeit von 39 Wochenstunden erzielt. Das monatliche Bruttoentgelt betrug zuletzt im Juni 1993 3.860 DM.

Die Beklagte bewilligte dem Kläger ab 1. Juli 1993 Alg in Höhe von 582,60 DM wöchentlich unter Zugrundelegung der Leistungsgruppe C (allgemeiner Leistungssatz) und eines gerundeten wöchentlichen Arbeitsentgelts von 1.410 DM (Bescheid vom 16. Juli 1993). Ab 1. Januar 1994 wurde der Zahlbetrag des Alg aufgrund der neuen Leistungsverordnung sodann auf 543 DM wöchentlich herabgesetzt (Ã∏nderungsbescheid vom 14. Januar 1994). Seit 1. Februar 1994 nahm der Kläger an einer BildungsmaÃ∏nahme teil, wofür die Beklagte ab 1. Februar 1994 Uhg in Höhe von zunächst 606,60 DM wöchentlich (Leistungsgruppe C, erhöhter Leistungssatz, gerundetes wöchentliches Arbeitsentgelt von 1.410 DM; Bescheid vom 12. April 1994) und ab 1. Juli 1994 nach Dynamisierung des Bemessungsentgelts in Höhe von 621 DM wöchentlich (Ã∏nderungsbescheid vom 15. Juli 1994) bewilligte.

Im Oktober 1994 bemerkte die Beklagte, da $\tilde{A}$  sie das den Leistungsbewilligungen zugrundeliegende Bemessungsentgelt falsch berechnet hatte, weil sie irrigerweise davon ausgegangen war, das im Bemessungszeitraum erzielte Bruttoentgelt von 11.450 DM sei in 305,33 Arbeitsstunden erzielt worden (richtig: 507 Stunden). Am 19. Oktober 1994 richtete die Beklagte deshalb ein Anh $\tilde{A}$  rungsschreiben an den Kl $\tilde{A}$  zer, in dem dieser aufgefordert wurde, zu der  $\tilde{A}$  berzahlung von Alg bzw Uhg Stellung zu nehmen. In seinem Schreiben vom 1. November 1994 teilte der Kl $\tilde{A}$  zer ua mit, er habe im Vertrauen auf die Richtigkeit der Bescheide das bewilligte Geld f $\tilde{A}$  die unmittelbaren Lebensbed $\tilde{A}$  rfnisse seiner Familie ausgegeben.

Durch Bescheid vom 25. Juli 1995 nahm die Beklagte ihre Entscheidungen über die Bewilligung von Alg vom 1. Juli 1993 bis 31. Januar 1994 und über Uhg vom 1. Februar 1994 bis 17. November 1994 teilweise zurück und forderte die Erstattung von Alg in Höhe von 4.851 DM und Uhg in Höhe von 8.277,90 DM. Zur Begründung führte sie aus, das für die Leistung maÃ□gebende Bemessungsentgelt sei aufgrund eines Bearbeitungsfehlers zu hoch festgesetzt worden. Durch Widerspruchsbescheide vom 22. Dezember 1995 (betreffend das Alg) und 26. Januar 1996 (betreffend das Uhg) wies die Beklagte den Widerspruch des Klägers zurück. Zur Begründung hat sie ua ausgeführt, aufgrund der Höhe der gewährten Lohnersatzleistungen habe der Kläger von Anfang an nicht in gutem Glauben sein können, daÃ□ die Leistung richtig berechnet sei, zumal das Alg ab 1. Juli 1993 das zuletzt erzielte Nettoentgelt des Klägers sogar noch überstiegen habe. Es sei allgemein bekannt, daÃ□ Alg und Uhg den entgangenen Verdienst nicht in voller Höhe ersetzten.

Die zunächst getrennt erhobenen Klagen zum Sozialgericht (SG) hat das SG zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden. Durch Urteil vom 25. Februar 1997 hat es den Bescheid der Beklagten vom 25. Juli 1995 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 22. Dezember 1995 und 26. Januar 1996 aufgehoben. Die RÃ⅓cknahme scheitere hier daran, daÃ☐ die Beklagte die Bewilligungsbescheide nicht innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen zurÃ⅓ckgenommen habe, welche die RÃ⅓cknahme der rechtswidrigen,

begünstigenden Verwaltungsakte für die Vergangenheit rechtfertigten (§ 45 Abs 4 Satz 2 Sozialgesetzbuch Verwaltungsverfahren (SGB X)). Bereits im Zeitpunkt der Bewilligungsentscheidungen (zuletzt vom 15. Juli 1994) hÃxtten der Beklagten alle Angaben vorgelegen, die eine zutreffende Berechnung der Lohnersatzleistungen mÃ $\P$ glich gemacht hÃxtten. Die Jahresfrist des  $\frac{A}{\P}$  45 Abs 4 Satz 2 SGB X beginne in diesem Fall auch nicht erst mit der AnhÃ $\P$ rung des KlÃxgers.

Auf die Berufung der Beklagten hat das Landessozialgericht (LSG) durch Urteil vom 3. September 1999 das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, bei den Bewilligungsbescheiden über Alg und Uhg habe es sich um teilweise rechtswidrige begĽnstigende Verwaltungsakte gehandelt. Der Leistungsbewilligung hAxtte aufgrund des vom KlAxger im Bemessungszeitraum erzielten Bruttoentgelts lediglich ein gerundetes wA¶chentliches Arbeitsentgelt von zunAxchst 880 DM zugrunde gelegt werden dürfen. Der Kläger habe die Rechtswidrigkeit der Bewilligungen auch in grob fahrlÄxssiger Weise nicht erkannt, weil er bei Anstellung ganz naheliegender ̸berlegungen hätte erkennen können, daÃ∏ der Leistungsbemessung ein wA¶chentliches Bruttoentgelt von 1.410 DM zugrunde gelegt worden und dieses Bemessungsentgelt viel h\(\tilde{A}\)\(\tilde{I}\) her gewesen sei als das Brutto-Arbeitsentgelt, das der KlĤger zuletzt bei seinem Arbeitgeber erzielt habe. Auch habe sich das zuerkannte Alg im Bereich des zuletzt erzielten Nettoeinkommens bewegt. Es sei allgemeinkundig, da̸ das Alg nicht in voller Höhe den vorherigen Verdienst ersetze. Eine entsprechende EinsichtsfĤhigkeit sei bei dem KlĤger gegeben. Die Beklagte habe ihren Rýcknahmebescheid auch innerhalb eines Jahres seit Kenntnis der Tatsachen erlassen, welche die Rücknahme der rechtswidrigen, begünstigenden Verwaltungsakte für die Vergangenheit rechtfertigten. Die Frist des <u>§ 45 Abs 4 Satz 2 SGB X</u> werde nicht schon durch die bloÃ∏e Kenntnis der Tatsachen ausgelĶst, die die Rechtswidrigkeit des begļnstigenden Verwaltungsakts begründeten. Vielmehr seien von der Behörde auch die ma̸geblichen Tatsachen zu den übrigen Rücknahmevoraussetzungen zu ermitteln, insbesondere also aufzuklären, ob der Begünstigte die Rechtswidrigkeit der Leistungserbringung gekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht gekannt habe. Daher könne die Jahresfrist regelmäÃ∏ig erst nach erfolgter AnhĶrung des Betroffenen zu laufen beginnen, weil die BehĶrde erst hierdurch die erforderliche Kenntnis aller fýr die Rücknahmeentscheidung ma̸geblichen Tatsachen erlange. Der Kläger habe hier am 1. November 1994 seine schriftliche Stellungnahme gegenļber der Beklagten abgegeben. Die Rücknahmeentscheidung vom 25. Juli 1995 liege damit in jedem Falle innerhalb der gesetzlichen Frist.

Mit seiner Revision rýgt der Kläger eine Verletzung des <u>§ 45 Abs 4 Satz 2 SGB X</u>. Beide Instanzen seien davon ausgegangen, die Bescheide seien hier derart offensichtlich rechtswidrig gewesen, daÃ[ jeder Leistungsempfänger, der auch nur das Merkblatt des Arbeitsamtes gelesen habe, sofort habe erkennen mýssen, daÃ[ die Berechnung der Bewilligungsbescheide vorliegend nicht stimmen könne und die Leistung zu hoch berechnet sei. Damit ergäben sich die Tatsachen zu den Rýcknahmevoraussetzungen des <u>§ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3 SGB X</u> direkt aus den

fehlerhaften Leistungsbewilligungsbescheiden. In einem AnhĶrungsverfahren hätten hierzu keine weiteren Tatsachen mehr ermittelt werden mù¼ssen, um zu einer Rù¼cknahmeentscheidung kommen zu können. Wenn sich alle Tatsachen aber bereits aus den Bescheiden selbst ergäben, könne die Jahresfrist nicht erst nach Anhörung des Betroffenen zu laufen beginnen. Ansonsten hätte es die Behörde in der Hand, willkürlich den Beginn der Jahresfrist selbst zu bestimmen. Der Rù¼cknahmebescheid der Beklagten vom 25. Juli 1995 sei mithin erst nach Ablauf der Jahresfrist ergangen und damit rechtswidrig.

Der KlAxger beantragt,

das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 3. September 1999 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Wiesbaden vom 25. Februar 1997 zurĽckzuweisen.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

Sie beruft sich auf den Inhalt der angefochtenen Entscheidung. Auch das Argument des KlĤgers, bei einer so evidenten Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes müÃ∏ten keine weiteren Sachverhaltsfeststellungen mehr vorgenommen werden, Fahrlässigkeitsbegriffs sei von grober Fahrlässigkeit auszugehen, wenn der Kläger aufgrund einfachster ganz naheliegender Ã∏berlegungen die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes h\( \tilde{A}\) atte erkennen k\( \tilde{A}\) nnen. Mithin k\( \tilde{A}\) nne das Vorliegen grober FahrlÄxssigkeit nur anhand der persĶnlichen Urteils- und KritikfĤhigkeit, des EinsichtsvermĶgens und des Verhaltens des Betroffenen sowie der besonderen UmstĤnde des Einzelfalls festgestellt werden. Folglich könne die Entscheidung über eine Rücknahme erst nach Anhörung des KlĤgers erfolgen, weil sonst der subjektive FahrlĤssigkeitsbegriff verlassen werde und statt dessen ein objektiver FahrlÄxssigkeitsbegriff zur Anwendung gelange. Dies liefe aber der Intention des <u>§ 45 SGB X</u> entgegen, denn diese Vorschrift solle gerade dem Vertrauensschutz dienen, weil sie nur den auf die Richtigkeit der behĶrdlichen Entscheidung vertrauenden Bürger schütze. Folglich habe die Jahresfrist hier erst mit der AnhĶrung (November 1994) zu laufen begonnen.

Ш

Die Revision des Klägers ist unbegründet.

Das LSG hat zu Recht entschieden, da $\tilde{A}$  die Beklagte die Bewilligungen von Alg f $\tilde{A}$ 1/4r den Zeitraum vom 1. Juli 1993 bis 31. Januar 1994 und von Uhg f $\tilde{A}$ 1/4r den Zeitraum vom 1. Februar 1994 bis 17. November 1994 teilweise zur $\tilde{A}$ 1/4cknehmen bzw aufheben und vom Kl $\tilde{A}$ 2 ger die Erstattung von  $\tilde{A}$ 1/4berzahltem Alg in H $\tilde{A}$ 1 he von 4.851 DM und Uhg in H $\tilde{A}$ 1 he von 8.277,90 DM fordern durfte.

Rechtsgrundlage für den Bescheid vom 25. Juli 1995, mit dem die Ausgangsbescheide über die Bewilligung von Alg (16. Juli 1993) und die Bewilligung von Uhg (12. April 1994) teilweise zurückgenommen worden sind, ist

§ 45 SGB X iVm § 152 Abs 2 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) (idF, die § 152 AFG durch das 1. Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms â□ 1. SKWPG â□ vom 21. Dezember 1993, BGBI I 2353, erhalten hat; vgl zur Anwendung dieser Gesetzesfassung auf Rù⁄4cknahmebescheide, die nach dem 1. Januar 1994 ergangen sind BSG SozR 3-4100 § 117 Nr 13, S 92 f; vgl im folgenden unter 1). Soweit die Folgebescheide vom 14. Januar 1994 (Alg) und 15. Juli 1994 (Uhg) zurù⁄4ckgenommen worden sind, ist Rechtsgrundlage § 48 SGB X iVm § 152 Abs 3 AFG (§ 152 AFG ebenfalls idF des 1. SKWPG; vgl im folgenden unter 2). Sowohl hinsichtlich der Rù⁄4cknahme gemäÃ□ § 45 SGB X als auch der Aufhebung gemäÃ□ § 48 SGB X hat die Beklagte die Jahresfrist des § 45 Abs 4 Satz 2 SGB X (bzw des § 48 Abs 4 Satz 1 iVm § 45 Abs 4 Satz 2 SGB X) eingehalten (vgl unter 3).

1. Nach <u>§ 45 Abs 1 SGB X</u> darf ein Verwaltungsakt, der ein Recht oder einen rechtlich erheblichen Vorteil begründet oder bestätigt hat, im Falle seiner Rechtswidrigkeit nur unter den Einschränkungen der Absätze 2 bis 4 ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft oder Vergangenheit zurückgenommen werden.

Die Ausgangsbescheide vom 16. Juli 1993 (Alg) und 12. April 1994 (Uhg) waren bereits bei ihrem Erla̸ rechtswidrig, weil die Beklagte das Bemessungsentgelt für das Alg â∏ das gemäÃ∏ <u>§ 44 Abs 8 und Abs 3 Nr 1 AFG</u> auch der Bewilligung des Uhg zugrunde zu legen war â∏∏ gemäÃ∏ § 112 Abs 2 und 3 AFG (idF, die § 112 AFG ab 1. Januar 1993 durch das Gesetz zur Ã∏nderung von FĶrdervoraussetzungen im AFG und in anderen Gesetzen vom 18. Dezember 1992, BGBI I 2044 erhalten hat), falsch berechnet hat. FÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die Berechnung des in der Woche durchschnittlich erzielten Arbeitsentgelts wird das im Bemessungszeitraum durchschnittlich in der Arbeitsstunde erzielte Arbeitsentgelt mit der Zahl der Arbeitsstunden vervielfacht, die sich als Durchschnitt der tariflichen regelmäÃ∏igen wöchentlichen Arbeitszeit der Beschäftigungsverhältnisse im Bemessungszeitraum ergibt (§ 112 Abs 3 Satz 1 AFG). Nach § 112 Abs 3 Satz 2 AFG gilt Arbeitsentgelt, das nach Monaten bemessen ist als in der Zahl von Arbeitsstunden erzielt, die sich ergibt, wenn die Zahl der vereinbarten regelmäÃ∏igen wöchentlichen Arbeitsstunden mit 13 vervielfacht und durch 3 geteilt wird. Die Beklagte hat hier bei der Ausgangsbewilligung von Alg die von dem KIäger im Bemessungszeitraum (April bis Juni 1993, vgl § 112 Abs 2 Satz 1 AFG idF des Gesetzes vom 18. Dezember 1992, BGBI I 2044, der gemäÃ∏ § 242a Abs 7 AFG idF des 1. SKWPG auch der Ausgangsbewilligung von Uhg im April 1994 zugrunde zu legen war) erzielten 11.450 DM durch 305,33 dividiert und mit 37,5 multipliziert. Richtig wĤre es gewesen, das erzielte Entgelt durch 507 (insgesamt vereinbarte Arbeitsstunden) zu dividieren und mit 39 (tarifliche wA¶chentliche Arbeitszeit) zu multiplizieren. Bei richtiger Berechnungsweise nach § 112 Abs 3 AFG hÃxtte sich ein gerundetes wöchentliches Arbeitsentgelt von 880 DM und nicht â∏∏ wie in den Ausgangsbescheiden über Alg und Uhg zugrunde gelegt â∏∏ von 1.410 DM wA¶chentlich ergeben.

Bei Zugrundelegung des Bemessungsentgelts von 880 DM und der (richtigen) Leistungsgruppe C/1 (erhĶhter Leistungssatz) hätte dem Kläger ab 1. Juli 1993 Alg in Höhe von wöchentlich 420,60 DM zugestanden. Die Beklagte hatte ihm zunächst ab 1. Juli 1993 Alg in Höhe von 582,60 DM wöchentlich (Bemessungsentgelt 1.410 DM) bewilligt. Bei richtiger Berechnung des Bemessungsentgelts hätte dem Kläger ab 1. Februar 1994 Uhg in Höhe von 408 DM wöchentlich zugestanden (Bemessungsentgelt 880 DM, erhöhter Leistungssatz). Bewilligt worden war dem Kläger von der Beklagten aber Uhg ab 1. Februar 1994 in Höhe von 606,60 DM wöchentlich nach einem Bemessungsentgelt von weiterhin 1.410 DM (Bescheid vom 12. April 1994).

Da die Beklagte die teilweise Rýcknahme der rechtswidrigen Bewilligungsbescheide fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die Vergangenheit erstrebt, ist hier <u>§ 45 Abs 4 SGB X</u> einschlägig. Danach wird der Verwaltungsakt nur in den Fägllen des Abs 2 Satz 3 und Abs 3 Satz 2 des <u>§ 45 SGB X</u> für die Vergangenheit zurückgenommen (<u>§</u> 45 Abs 4 Satz 1 SGB X). Zu Recht hat das LSG entschieden, da̸ hier die Rücknahmevoraussetzungen des § 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3 SGB X gegeben waren. Danach kann sich der KlĤger auf Vertrauen nicht berufen, soweit er die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder infolge grober FahrlÄxssigkeit nicht kannte; grobe FahrlÃxssigkeit liegt vor, wenn der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem MaÃ\(\text{P}\)e verletzt hat (\text{A\)\(\text{8\)} 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3 SGB X). Das LSG hat hierzu ausgeführt, der Kläger habe schlechterdings von der RechtmĤÃ∏igkeit der Höhe des ihm bewilligten Alg bzw Uhg nicht ausgehen kA¶nnen. Denn das Bemessungsentgelt sei viel hA¶her gewesen als das Bruttoarbeitsentgelt, das der KlĤger zuletzt tatsĤchlich erzielt habe. Eine entsprechende EinsichtsfĤhigkeit sei bei dem KlĤger gegeben gewesen. Es liege grobe FahrlÃxssigkeit vor, weil der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma̸e verletzt habe.

Das Bundessozialgericht (BSG) hat bereits entschieden (BSGE 47, 180), daÃ⊓ die Entscheidung Ã1/4ber das Vorliegen grober FahrlÃxssigkeit nur in engen Grenzen revisionsrechtlich nachprüfbar ist. Es ist hier weder vom Kläger vorgetragen noch sonst ersichtlich, da̸ das LSG den revisionsrechtlich überprüfbaren Entscheidungsspielraum bei der Feststellung der groben FahrlÄxssigkeit überschritten hätte. Insbesondere ist auch nicht erkennbar, daÃ∏ das LSG den Begriff der groben Fahrlässigkeit verkannt oder nicht beachtet hätte, daÃ∏ sich die BĶsglĤubigkeit grundsĤtzlich auf den Teil des Verwaltungsaktes erstrecken mu̸, der zurückgenommen werden soll. Denn § 45 Abs 2 Satz 3 SGB X IäÃ∏t eine Rýcknahme bzw Teilrücknahme der Bewilligungsbescheide nur zu, "soweit" der Begünstigte die Rechtswidrigkeit des Bewilligungsbescheides kannte oder grob fahrlässig nicht kannte; dh die Bösgläubigkeit muÃ∏ sich gerade auf den zurÃ1/4ckgenommenen Teil des Verwaltungsaktes erstrecken bzw sich mit diesem decken. Das bedeutet allerdings nicht, da̸ der Begünstigte die Rechtswidrigkeit der erfolgten "̸berzahlung" nach Heller und Pfennig gekannt bzw grob fahrlässig nicht gekannt haben mu $\tilde{A} \square$ . Es reicht vielmehr aus, da $\tilde{A} \square$  er hinsichtlich eines bestimmten Teils des Verwaltungsaktes â∏ hier des dem Alg zugrunde gelegten Bemessungsentgelts â∏ bösgläubig war, weil sich die RÃ1/4cknahmeentscheidung der Beklagten gerade und nur auf die Korrektur des Bemessungsentgelts (und die daraus resultierende Ã\(\text{Dberzahlung des Alg}\) beschrĤnkt. Ob es ausnahmsweise für den Fahrlässigkeitsvorwurf bei einer

entsprechenden Teilaufhebung auch ausreichen würde, daÃ☐ der Leistungsbezieher die Unrichtigkeit der Bewilligung allein aus der evident zu hohen Leistung hätte erkennen müssen, braucht nicht entschieden zu werden.

- 2. Diese "Bösqläubigkeit" des Klägers ist auch hinsichtlich der beiden streitbefangenen Folgebescheide gegeben, mit denen das dem KlĤger gewĤhrte Alg für den Zeitraum vom 1. Januar 1994 bis 31. Januar 1994 aufgrund der Leistungsverordnung 1994 neu festgesetzt (Bescheid vom 14. Januar 1994) bzw das Uhg ab 1. Juli 1994 dynamisiert worden ist (Bescheid vom 15. Juli 1994). Rechtsgrundlage fýr die Aufhebung dieser Bescheide ist allerdings nicht § 45 SGB X, sondern § 48 SGB X, weil beide Bescheide nur einen eingeschrĤnkten Regelungsgehalt besitzen (vgl zum Dynamisierungsbescheid BSGE 82, 198, 201 = SozR 3-4100 § 242 Nr 1; BSG SozR 3-4800 § 63 Nr 1; zum Bescheid aufgrund einer neuen Leistungsverordnung angedeutet in BSG SozR 3-4100 § 249e Nr 9, S 64, unter Hinweis auf das Urteil des Senats vom 23. Juli 1996, 7 RAr 112/95, vgl hierzu Eicher in Wissing/Pitschas/Eicher, SGB III, 6. ErgĤnzungslieferung 1999, RdNr 52 zu § 328 SGB III mwN) und hinsichtlich des hier vorliegenden Fehlers eines zu hohen Bemessungsentgelts lediglich auf den Regelungen der Ausgangsbescheide aufbauen. Deshalb ist erst mit Rücknahme der insoweit rechtswidrigen Ausgangsbescheide vom 16. Juli 1993 (Alg) bzw 12. April 1994 (Uhg) für die Folgebescheide eine wesentliche Ã∏nderung der Verhältnisse iS des § 48 Abs 1 Satz 1 SGB X eingetreten (vgl BSGE 79, 92, 94 mwN; BSG SozR 1300 § 45 Nr 37), die auch hinsichtlich dieser Bescheide eine Teilaufhebung in dem von der Beklagten bestimmten Umfang rechtfertigt. Da sich der Aufhebungsbescheid in seinem Verfügungssatz nicht ändert, wenn er hinsichtlich der Folgebescheide nicht mehr â∏ wovon die Beklagte offenbar ausging â∏ auf § 45 SGB X, sondern auf <u>§ 48 SGB X</u> gestýtzt wird, handelt es sich nicht um eine Umdeutung iS von <u>§</u> 43 SGB X, sondern der Rücknahmebescheid wird hinsichtlich der Aufhebung â∏ bei gleichbleibender Regelung â∏ lediglich auf eine andere Rechtsgrundlage gestützt. Bei den Folgebescheiden vom 14. Januar 1994 bzw 15. Juli 1994 muÃ∏ sich dann allerdings der Vorwurf der groben FahrlAxssigkeit zwangslAxufig auf die Ausgangsbescheide ýber die erstmalige Leistungsbewilligung bzw die aus diesen übernommenen Berechnungselemente beziehen. Da das LSG â∏ wie ausgeführt â∏∏ für den Senat verbindlich gemäÃ∏ § 163 Sozialgerichtsgesetz (SGG) festgestellt hat, daà der Klà zer hinsichtlich des den Ausgangsbescheiden vom 16. Juli 1993 und 14. April 1994 zugrunde gelegten (zu hohen) Bemessungsentgelts von 1.410 DM bA¶sglAxubig war, wiederholt sich dieser FahrlÄxssigkeitsvorwurf hinsichtlich des in den Folgebescheiden lediglich übernommenen Bemessungsentgelts von 1.410 DM, ohne daÃ∏ noch gesonderte Feststellungen zur FahrlAxssigkeit des KlAxgers im Januar bzw Juli 1994 getroffen werden müÃ∏ten.
- 3. Durfte die Beklagte mithin gemÃxÃ $\$  Âx45 Abs 4 Satz 1 iVm Âx45 Abs 2 Satz 3 Nr 3 SGB X bzw gemÃxÃ $\$  Âx48 Abs 4 iVm Âx48 Abs 1 Satz 2 Nr 4 iVm Âx45 Abs 4 Satz 1 SGB X die bewilligenden Verwaltungsakte mit Wirkung fÃx4r die Vergangenheit zurÃx4cknehmen bzw aufheben, so scheitert diese Befugnis der Beklagten auch nicht an der Jahresfrist des Âx45 Abs 4 Satz 2 SGB X, die gemÃx4x6 Abs 4 SGB X hier auch fÃx4r die teilweise Aufhebung der Folgebescheide gilt

(vgl auch BSG SozR 1300 § 45 Nr 37). Zu Recht hat das LSG als maÃ∏geblichen Zeitpunkt für die Kenntnis der Tatsachen, die die Rücknahme der rechtswidrigen begļnstigenden Verwaltungsakte rechtfertigen, auf die ̸uÃ∏erung des Klägers vom 1. November 1994 auf das Anhörungsschreiben der Beklagten abgestellt. Dem Kläger ist einzuräumen, daÃ∏ der bloÃ∏e Wortlaut des § 45 Abs 4 Satz 2 SGB X, der auf die Kenntnis der "Tatsachen" abstellt, die die Rücknahme für die Vergangenheit rechtfertigen, Art und Umfang der von der rücknehmenden Behörde zu fordernden Kenntnis nicht hinreichend deutlich macht. Das BSG hat jedoch in stĤndiger Rechtsprechung entschieden und klargestellt, daà all weil nach <u>§ 45 Abs 4 Satz 1 SGB X</u> ein Verwaltungsakt nur in den FÃxllen des Abs 2 Satz 3 und Abs 3 Satz 2 des <u>§ 45 SGB X</u> bzw nach <u>§ 48 Abs</u> 4 Satz 1 SGB X für die Vergangenheit zurückgenommen werden kann â∏ der Behörde folglich auch diejenigen Tatsachen bekannt sein mýssen, die § 45 Abs 2 Satz 3 SGB X bzw § 48 Abs 1 Satz 2 Nr 4 SGB X für die Aufhebung voraussetzen (BSGE 60, 239, 240 f = SozR 1300  $\hat{A}$ § 45 Nr 26; BSGE 62, 103, 108 = SozR 1300 § 48 Nr 39; BSGE 65, 221, 228 = SozR 1300 § 45 Nr 45; BSGE 66, 204, 210 = SozR 3-1300 § 45 Nr 1; BSG SozR 3-1300 § 45 Nr 2; BSG SozR 3-1300 § 45 Nr 26; BSGE 77, 295, 299 f = SozR 3-1300 § 45 Nr 27; BSG Urteil vom 6. März 1997 â∏∏ <u>7 RAr 40/96</u> -, DBIR Nr 4372 zu <u>§ 45 SGB X</u>). Bei einer Rücknahmeentscheidung, die sich auf den Vorwurf der groben Fahrlässigkeit bzw Kenntnis der Rechtswidrigkeit stÃ1/4tzt, beginnt die Jahresfrist mithin dann zu laufen, wenn die Beklagte Kenntnis davon hatte, da̸ der Kläger die (teilweise) Rechtswidrigkeit der Leistungsbewilligung kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte. MaÃ∏geblich ist damit der Zeitpunkt, zu dem die Behörde aufgrund des ermittelten Sachverhalts Kenntnis von der Bösgläubigkeit des Klägers hatte. Die Frage, wann die Behörde die Tatsachen, die eine abschlie̸ende Prüfung der Rücknahmevoraussetzung erlauben, kennt, ist weder ausschlie̸lich anhand objektiver Kriterien noch allein aufgrund der subjektiven Einschätzung der Behä¶rde zu beantworten. Die zeitliche Begrenzung der Rücknahmebefugnis für die Vergangenheit dient der Rechtssicherheit (BSGE 74, 20, 26 mwN =  $\frac{\text{SozR } 3-1300 \text{ Å}}{\text{ A}}$  48 Nr 32). Unter Berücksichtigung dieses Grundsatzes ist die den Beginn der Jahresfrist bestimmende Kenntnis dann anzunehmen, wenn mangels vernünftiger, objektiv gerechtfertigter Zweifel eine hinreichend sichere Informationsgrundlage bezüglich sÄxmtlicher fÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die RÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>cknahmeentscheidung notwendiger Tatsachen besteht (BSGE 74, 20, 26 f = SozR 3-1300  $\hat{A}$ § 48 Nr 32). Hierbei ist hinsichtlich der erforderlichen Gewi̸heit über Art und Umfang der entscheidungserheblichen Tatsachen in erster Linie auf den Standpunkt der BehĶrde, und zwar des für die Rücknahmeentscheidung zuständigen Sachbearbeiters, abzustellen, es sei denn, deren sichere Kenntnis liegt bei objektiver Betrachtung bereits zu einem früheren Zeitpunkt vor (BSGE 77, 295, 298 f = SozR 3-1300 Å 45 Nr 27).

Zwar ist der Revision einzuräumen, daÃ☐ die Tatsachen, aus denen die Beklagte die grobe Fahrlässigkeit des Klägers abgeleitet hat, bereits im wesentlichen bei ErlaÃ☐ der Bewilligungsbescheide vorlagen. Dies betrifft insbesondere das den Ausgangsbescheiden zugrundeliegende Bemessungsentgelt, das erheblich höher als das frþhere Bruttoentgelt war. Der Kläger verkennt dabei jedoch, daÃ☐ grobe Fahrlässigkeit nur dann anzunehmen ist, wenn der Begþnstigte die erforderliche

Sorgfalt im besonders schweren Ma̸e verletzt hat. Hierfür genügt es nicht, da̸ er mit der Rechtswidrigkeit rechnen muÃ∏te. Verlangt wird vielmehr eine Sorgfaltspflichtverletzung in einem besonders hohen Ausma̸e, die dann zu bejahen ist, wenn schon einfachste, ganz naheliegende ̸berlegungen nicht angestellt werden, wenn also nicht beachtet wird, was im gegebenen Fall jedem einleuchten mu $\tilde{A} \cap te$  (BSGE 62, 103, 107 = SozR 1300 ŧ 48 Nr 39; BSG SozR 4100 § 152 Nr 10). Dabei ist jedoch nicht ein objektiver MaÃ∏stab anzulegen, sondern auf die persĶnliche Urteils- und KritikfĤhigkeit, das EinsichtsvermĶgen und Verhalten der Betroffenen sowie die besonderen UmstĤnde des Falles abzustellen. Die BehĶrde kann deshalb nicht allein auf den Akteninhalt abstellen (vgl dazu BSGE 77, 295, 300 f = SozR 3-1300 § 45 Nr 27; BSG SozR 3-1300 § 45 Nr 26; BSG Urteil vom 6. März 1997 â∏∏ <u>7 RAr 40/96</u> -, DBIR Nr 4372 zu <u>§ 45 SGB X</u>). Ansonsten wĤre die Beklagte jeweils gezwungen, einen Verwaltungsakt vorsorglich, sozusagen "auf Verdacht" zu erlassen (vgl <u>BSGE 74, 20</u>, 26 = <u>SozR</u> 3-1300 § 48 Nr 32). Die Beklagte muÃ∏ vielmehr vor einer Rücknahme- bzw Aufhebungsentscheidung dem Betroffenen zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu den entscheidungserheblichen Tatsachen geben, abgesehen davon, da̸ eine solche Anhörungspflicht grundsätzlich aus § 24 SGB X folgt. Die Jahresfrist des § 45 Abs 4 Satz 2 SGB X kann daher regelmäÃ∏ig erst nach erfolgter Anhörung des Betroffenen beginnen (BSGE 77, 295, 301 mwN =  $\frac{\text{SozR } 3-1300 \, \text{Å} \text{§ } 45 \, \text{Nr } 27}{\text{Nr } 27}$ ). Von diesem Grundsatz läÃ∏t der vorliegende Fall keine Ausnahme zu. Insbesondere sind keine UmstĤnde ersichtlich, die nach dem Grundsatz von Treu und Glauben einen anderen Zeitpunkt des Beginns der Jahresfrist rechtfertigen könnten, etwa, wenn die Beklagte bewuÃ∏t davon abgesehen hätte, sich die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen.

Im vorliegenden Fall konnte die Beklagte, nachdem ihr im Oktober 1994 bewu̸t geworden war, daà das Bemessungsentgelt gemäà <u>§ 112 Abs 3 AFG</u> falsch berechnet worden war, nicht ohne weitere ̸berprüfung davon ausgehen, daÃ∏ der Kläger hinsichtlich der erhaltenen Alg- bzw Uhg-Zahlbeträge bägsglägubig war. Um dem subjektiven Fahrlässigkeitsbegriff und den bei dessen Prýfung zu beachtenden Kriterien Rechnung tragen zu kA¶nnen, muA⊓te sich die Beklagte zunächst zu aufklärenden MaÃ∏nahmen veranlaÃ∏t sehen. Sie konnte nicht von vornherein ausschlie̸en, daÃ∏ der Kläger aus seiner Sphäre nicht noch Tatsachen geltend machen konnte bzw würde, nach denen möglicherweise die Annahme einer groben Fahrlässigkeit nicht gerechtfertigt war. Die Gelegenheit zu einer solchen Stellungnahme hat die Beklagte dem KlĤger mit dem Anhörungsschreiben vom 19. Oktober 1994 eröffnet. Frühestens mit dem Eingang der RückäuÃ∏erung des Klägers vom 1. November 1994 verfügte die Beklagte somit â∏ iVm dem Akteninhalt â∏ über die notwendigen tatsÄxchlichen Informationsgrundlagen, um die Rýcknahmeentscheidung treffen zu können.

GemÃxÃ $^{-}$   $\frac{A}{8}$  152 Abs 2 und Abs 3 AFG war eine ErmessensausÃ $^{1}$ 4bung der Beklagten hinsichtlich der RÃ $^{1}$ 4cknahme bzw Aufhebung mit Wirkung fÃ $^{1}$ 4r die Vergangenheit nicht erforderlich.

Zutreffend hat das LSG weiterhin entschieden, daà die Beklagte in ihren

Bescheiden die Erstattungsforderung gem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$  $\square$   $\hat{A}$ § 50 Abs 1 SGB X richtig berechnet hat.

Die Kostentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Erstellt am: 29.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024